

## **Die Legende von der Sozialen Marktwirtschaft**

Die vor 60 Jahren ausgerufene Soziale Marktwirtschaft wird derzeit von Unternehmern, Politikern und in den Medien gefeiert. Allerdings mag weniger als ein Drittel der Bevölkerung in dieses Lob einstimmen. Kanzlerin Angela Merkel verkündete im Sommer vorigen Jahres trotzdem frohgemut: „Wir feiern den politischen Mut, mehr Freiheit zu wagen und zu gewinnen. Wir feiern einen großen Gestalter unseres Landes und seine Gabe, die Menschen selbst zu Gestaltern ihres Schicksals zu machen. Wir feiern die Soziale Marktwirtschaft und mit ihr den Mann, der sie prägte und durchsetzte: Ludwig Erhard.“ Von diesem so genannten Markenzeichen der Republik haben jedoch nur 31 Prozent der Bürgerinnen und Bürger eine gute Meinung, wie in einer repräsentativen Umfrage festgestellt wurde. 40 Prozent der Deutschen finden, die Marktwirtschaft habe sich nicht bewährt, schreibt der Bundesverband deutscher Banken beunruhigt. Und sogar 60 Prozent der Bundesbürger sind für die Verstaatlichung der Energiekonzerne, stellt das Institut für Demoskopie Allensbach fest.

Im Gegensatz zur Propaganda des von Unternehmern finanzierten Instituts „Neue Soziale Marktwirtschaft“ beschreibt die Soziale Marktwirtschaft keineswegs die in unserem Land bestehende Wirtschaftsordnung. Die Soziale Marktwirtschaft wurde nicht einmal als Wirtschaftssystem Deutschlands im Grundgesetz verankert. Dort steht vielmehr in Artikel 14, Absatz 2: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Und in Artikel 15 heißt es: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

### **Marktfreiheit über alles**

Zu keiner Zeit war die Soziale Marktwirtschaft ein real existierendes Wirtschaftssystem; sie wurde vielmehr als ein Mittel zur Verschleierung kapitalistischer Verhältnisse benutzt. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges gab es starke politische Kräfte, angeführt von der SPD und den Gewerkschaften, die nach den bitteren Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise und dem Nazi-Regime Vorstellungen von einer ganz anderen Gesellschaftsordnung entwickelten. In ihrem mit Bedacht inzwischen vergessenen Ahlener Programm hatte sich 1947 auch die CDU dafür ausgesprochen, Konzerne zu entflechten und Schlüsselindustrien zu verstaatlichen. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, wie es Walter Eucken und Alfred Müller-Armack entwickelt hatten, sollte dagegen die Bedenken gegen die Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse zerstreuen. Soviel Wettbewerb wie möglich – soviel Staat wie nötig, lautete die Devise dieser Vertreter des Ordoliberalismus. Die staatliche Wirtschaftspolitik sollte einen marktkonformen Ordnungsrahmen für Privateigentum, Vertragsfreiheit, freien Wettbewerb und Geldwertstabilität gewährleisten. Der Staat sollte künftig als Gestalter im Wirtschaftssystem, allerdings nicht als Lenker des Wirtschaftsprozesses, auftreten. Ein Grundsatz der Sozialen Marktwirtschaft war der soziale Ausgleich. Durch ihn durfte jedoch die Freiheit des Marktes nicht eingeschränkt werden. Der Rahmen war also so weit gefasst, dass nahezu alles mit dem Begriff Soziale Marktwirtschaft gerechtfertigt werden kann – auch Sozialabbau und Umverteilungspolitik. Eine deutsche Variante des Neoliberalismus.

## **Sachwertbesitzer waren die Gewinner**

Nach der Währungsreform im Juni 1948 entwickelten sich in der Gesellschaft noch größere Unterschiede zwischen Arm und Reich als vorher. Jeder Bewohner hatte bei der Geldumstellung 60 D-Mark im Tausch gegen 60 Reichsmark erhalten. Die Bank- und Sparguthaben wurden allerdings im Verhältnis 10 zu 0,65 umgestellt; für 100 Reichsmark auf dem Sparkonto gab es nur noch 6,50 DM. Der Verlust belief sich also auf etwa 94 Prozent der Ersparnisse. Dagegen blieben Besitzer von Sachwerten, also von Waren oder womöglich sogar von Häusern, Fabriken, Grundstücken, ihre Werte erhalten. Und wer mit Hypotheken belastete Liegenschaften besaß, war 94 Prozent seiner Schulden auf einen Schlag los. Aktienbesitzer hatten übrigens lediglich einen Verlust von 18 Prozent zu beklagen. Der Minderheit Begünstigter stand die Mehrheit des Volkes als Verlierer der Währungsreform gegenüber.

Während Löhne und Gehälter weiterhin einem so genannten Lohnstopp unterlagen, wurden nach Aufhebung der Bewirtschaftung die Preise für die Mehrzahl der nicht mehr rationierten Verbrauchsgüter freigegeben. Die Folge war ein erheblicher Preisauftrieb, so dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihren stagnierenden Einkommen immer weniger leisten konnten. Zudem waren viele Unternehmer nicht bereit, die bisherigen Tariflöhne zu zahlen. Sie sparten Lohnkosten trotz steigender Konjunktur, wann immer es möglich war. Seit der Währungsreform machten sie von der Möglichkeit zu Entlassungen deutlich stärker Gebrauch als vorher. Die Zahl der Arbeitslosen verdoppelte sich von 442.000 im Juni 1948 auf 937.000 im Januar 1949.

„Nach Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften in Köln sank die Lohn- und Gehaltsquote – der Anteil der Arbeitnehmer am Bruttosozialprodukt – von 83 Prozent im Juni 1948 auf 45 Prozent im Dezember desselben Jahres. An dieser Entwicklung lässt sich gleichzeitig ablesen, dass das Gewinnpolster der Unternehmer beträchtlich gewachsen war, was sich auch in der Zunahme der Investitionen äußerte. Die Bruttoinvestitionen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes erhöhten sich von 878,3 Millionen DM im Juli 1948 auf 1.133,5 Millionen DM im Dezember, das heißt, Ludwig Erhards unternehmerfreundliches Kalkül war im beträchtlichen Maße aufgegangen“ (Jörg Roesler in *„Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik“*, Seite 29).

## **Proteste in der Bi-Zone**

Die Enttäuschung und Empörung in der deutschen Bevölkerung über die Preisentwicklung und die schamlose Ausbeutung der Verbraucher führte schon im Spätsommer 1948 zu erheblichen sozialen Spannungen. In dem von der britischen und der amerikanischen Besatzungsmacht regierten „Vereinigten Wirtschaftsgebiet“, der so genannten Bi-Zone, gab es laute Proteste gegen die Politik des damaligen Direktors der Verwaltung für Wirtschaft, Ludwig Erhard. Für den 12. November 1948 hatten die Gewerkschaften zu einem auf 24 Stunden befristeten Generalstreik in der britischen und amerikanischen Besatzungszone aufgerufen. Es sei darum gegangen, die als ungerecht empfundene Begünstigung der Sachwertbesitzer durch die Währungsreform mittels Einrichtung eines Lastenausgleichs zugunsten der Lohnempfänger zu korrigieren, charakterisiert Michael Schneider in seiner „Kleinen Gewerkschaftsgeschichte“ das Ziel der Aktion, bei der außerdem Wirtschaftsdemokratie gefordert wurde. Die Streikbeteiligung

lag bei 79 Prozent, wie der Gewerkschaftshistoriker Gerhard Beier ermittelt hat.

Mit einer wirklichen Sozialen Marktwirtschaft als Gesellschaftsentwurf hatte die Politik Ludwig Erhards nichts gemein. Bevor sich heute jemand auf ihn beruft, sollte er sich vorher Erhards Entscheidungen als Bundeswirtschaftsminister (1949 bis 1963) etwas genauer anschauen. Das viel zitierte „Wirtschaftswunder“, vor allem der 1950er Jahre, hat überhaupt nichts mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zu tun. Alle führenden westlichen Wirtschaftsnationen verbuchten zwischen 1950 und 1970 ein rasantes ökonomisches Wachstum, das wesentlich zur Vollbeschäftigung und teilweise zum Arbeitskräftemangel in vielen Industrieländern beitrug. Durch die expansive wissenschaftlich-technische Entwicklung der Produktionsmittel boomten in dieser Zeit beispielsweise die Haushaltsgeräteindustrie, die Nahrungsmittelkonzerne, die Unterhaltungselektronik und die Autoindustrie, von der der stärkste Impuls für die Entwicklung der Konjunktur ausging. Stagnation und Niedergang des rasanten Wirtschaftswachstums begannen erst ab etwa 1973.

### **„Wohlstand für alle“ gab es nie**

Wie weit die real existierende Wirtschaft heute von den Vorstellungen und Leitbildern der Sozialen Marktwirtschaft entfernt ist, belegt unter anderem der dritte Armuts- und Reichtumsbericht: Das Armutsrisiko steigt seit zehn Jahren kontinuierlich. Der Niedriglohnsektor hat bereits mehr als ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten erfasst; und über zehn Prozent aller Erwerbstätigen arbeiten für Armutslöhne. Der Trend zur Tariffucht ist ungebrochen; die Löhne und Gehälter sinken real, während die Gewinne der Unternehmen und die Gehälter der Manager erheblich gestiegen sind. Mit der Ausbreitung des Neoliberalismus entwickelte sich eine Systemkrise, die mit den wild wuchernden Finanzmärkten inzwischen ihren Höhepunkt erreicht hat. Viele Politiker und Regierungen haben sich immer neuen Forderungen der Kapitalbesitzer unterworfen. Die Folgen dieser Politik mit Lohndumping, Sozialabbau, Outsourcing, Hartz IV, Agenda 2010, Steuergeschenken an Wohlhabende haben die unüberwindlichen Widersprüche im Kapitalismus deutlich gemacht.

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Ideologie, die von den tatsächlichen Machtverhältnissen in Deutschland ablenken soll. Eine Minderheit von Kapitalbesitzern herrscht mit Unterstützung schwacher Politiker über die Mehrheit des Volkes. „Wohlstand für alle“ sollte die Marktwirtschaft laut Ludwig Erhard bringen. Aber der weltweite Turbokapitalismus hat Armut und Unsicherheit über die Menschheit gebracht. Den geldgierigen Verursachern passiert jedoch zunächst einmal gar nichts. Sie verlieren schlimmstenfalls ihre Jobs, und das dann immer noch mit hohen Abfindungen. Keiner wurde bisher verhaftet oder angeklagt. Es gibt deshalb nur eine Konsequenz: Die Zukunft der Völker darf nicht mehr allein den Regierenden überlassen bleiben.

*Franz Kersjes (Februar 2009)*